

Das deutsche Watergate Konrad Adenauer ließ als Bundeskanzler die gesamte SPD-Führung jahrelang über einen Spitzel des Bundesnachrichtendienstes ausspionieren. Wie bewertet der Historiker Klaus-Dietmar Henke die Vorgänge, die er mit seinen Recherchen ans Licht gebracht hat? Und was sagen die betroffenen Parteien?

„Für diesen Zweck war jedes Mittel heilig“

Der Historiker Klaus-Dietmar Henke über Adenauers Motive, den BND für parteipolitische Zwecke einzusetzen – und über die heutige Rolle des Auslandsgeheimdienstes

INTERVIEW: WILLI WINKLER

In welchem ungeahnten Umfang der frühere CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer die Parteispitze der SPD jahrelang illegal vom Geheimdienst ausspionieren ließ, hat der Historiker Klaus-Dietmar Henke aufgedeckt. Er ist Sprecher der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND und hat zu dem Fall auch Hunderte Akten der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung ausgewertet.

SZ: Herr Henke, Sie haben ein Komplott entdeckt, das man nie für möglich gehalten hätte: Der Chef des deutschen Auslandsgeheimdienstes Reinhard Gehlen spionierte im Auftrag des Kanzleramts die gegnerische SPD aus. Über sechzig Jahre war das verborgen geblieben. Wie haben Sie es gefunden?

Klaus-Dietmar Henke: Eigentlich ist das dem BND selber zu verdanken, der uns über zehn Jahre völlig freien Zugang zu seinen geheimen Unterlagen gewährt hat. Da finden sich dann eben auch Akten, in denen man nach und nach immer mehr Hinweise entdeckt, die sich nach Jahr und Tag schließlich zu dem Bild von „Deutschlands Watergate“ zusammenpuzzeln, wie Ihre Zeitung das nennt.



Der Historiker Klaus-Dietmar Henke, 75, war bis 2012 Professor für Zeitgeschichte an der TU Dresden. Über seine Erkenntnisse zur politischen Inlandsespionage des BND hat er ein Buch geschrieben. „Geheime Dienste“ erscheint im Mai. FOTO: OH

Wie konnte diese systematische Ausspähung des SPD-Vorstands, über die wir berichtet haben, bis heute unentdeckt bleiben?

Ohne Kenntnis der BND-Akten wäre diese innen- und parteipolitische Großoperation nicht zu entdecken gewesen. Im Bundeskanzleramt und im BND war insgesamt nur eine gute Handvoll Personen eingeweiht, von denen selbstverständlich keiner ein Interesse an historischer Aufklärung hatte.

Die etwa 500 Berichte liegen im Nachlass von Hans Globke in der Konrad-Adenauer-Stiftung, aber sogar für den Adenauer-Biografen Hans-Peter Schwarz war es unmöglich, das richtig zu- und einzuordnen. Geahnt haben muss er aber etwas. Ohne weitere Erläuterung schreibt er irgendwas ganz unvermittelt, Gehlen sei die „unsichtbare geheime Säule“ von Adenauers Herrschaft gewesen. Er beschreibt zwar durchaus von den „Nachtseiten“ seines Helden, aber was genau war, blieb sogar ihm verschlossen. Schwarz war noch der Ansicht, der Gründungskanzler habe die gesetzlichen Normen zwar gerne und mit Lust *gedehnt*, aber nie „die grundlegenden Spielregeln der Demokratie angefasst“. Das liest sich heute etwas voreilig.

Aber wie sollen die von Ortloff gelieferten Informationen aus der SPD ins Kanzleramt gelangt sein?

Der Vorgang lässt sich so rekonstruieren: Ortloff unterrichtet einen BND-Agenten in Bonn über SPD-Geheimnisse, der diktiert seiner Sekretärin einen neutralen Bericht ohne irgendwelche Kennung (manchmal vielleicht sogar einer Dame des Kanzleramtschefs unmittelbar), das Schriftstück kommt auf Globkes Schreibtisch, er sieht es durch, lässt es bei sich liegen und unterrichtet Adenauer mündlich; häufig versteht er das geheime Papier mit dem Stempel „Dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen“ oder zeichnet es mit seiner gestochenen deutschen Schrift auf diesen aus. Viele Berichte tragen zum Teil heftige Bearbeitungsspuren Adenauers.

Sie sprechen von einem „Abgrund von Machtmissbrauch“. Wie hat Adenauer seine Macht als Bundeskanzler missbraucht?

Das bezieht sich auf einen Spruch des Kanzlers, der in der Spiegel-Affäre einen „Abgrund von Landesverrat“ witterte. Wenn Machtmissbrauch geschehen ist, ist es ja immer schon zu spät, erst recht für den Historiker. Zeitgeschichtsforschung ist nur – aber immerhin – „nachträgliche Machtkontrolle“, wie Martin Broszat gern gesagt hat, der frühere Direktor, dem das Institut für Zeitgeschichte seinen Nimbus verdankt. Jede Behörde – auch der BND ist e-Digital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

ne – hat einen eindeutig umrissenen Auftrag, und das ist hier nun einmal die Auslandsaufklärung. Es ist nicht die innen- und parteipolitische Nachrichtenbeschaffung, um herauszufinden, was die Leitung der größten Oppositionspartei gerade alles gegen die Regierung im Schilde führt; das Wasserwirtschaftsamt führt ja auch nicht heimlich Geschwindigkeitskontrollen durch, jedenfalls hoffe ich, dass es das nicht tut.

„Der stets überaus besorgte Adenauer glaubte sich in einer Art Notstandssituation“

Heißt es nicht, Gelegenheit macht Diebe? Dem Spitzenjuristen Globke ist das alles ebenso klar gewesen wie dem Juristen Adenauer, sie konnten dem attraktiven Informationsangebot Gehlens aber nicht widerstehen. Der Kanzler und sein Staatssekretär haben die BND-Berichte nicht in den Papierkorb geworfen und den Behördenleiter abgesetzt und disziplinarisch oder strafrechtlich belangen lassen. Als eingefleischte Machtpolitiker waren sie an dem politischen Gehalt der kontinuierlich eingeleiteten Lagebilder aus dem Hauptquartier des Gegners, besser: des Feindes, selbstverständlich mehr interessiert als an deren gesetzswidrigen und auch sonst verwerflichen Entstehungsbedingungen.

Sieht man einmal von dem Staats-, Demokratie- und Regierungsverständnis ab, das sich hier offenbart, so erkennt man auf der „Arbeitsebene“, dass sich der stets überaus besorgte Adenauer in einer Art Notstandssituation glaubte: Die SPD will keine Westbindung, keine Wiederbewaffnung, zieht eine Position zwischen Ost und West vor, hängt Sozialisierungs Konzepten an, und so weiter und so fort. Es war nicht nur eine böse Stilblüte des Wahlkampfes, wenn er ausrief, die SPD an der Macht sei gleichbedeutend mit dem „Untergang Deutschlands“.

Schon erstaunlich, was der SPD einmal alles zugetraut wurde.

Es war eine ganz andere, noch immer obrigkeitstaatlich geprägte, staatsgläubige Zeit. Das war Mainstream auch in den anderen Behörden und Milieus der Republik – alles noch sehr weit von der Vorstellung weg, bei jedweder staatlichen Handlung habe der Mensch im Mittelpunkt zu stehen, obgleich das Grundgesetz von 1949 es genauso sagt. Bis zum heutigen „Good Governance“ war es eben noch ein Stückchen hin.

Wie kam es, dass der BND das Machtinstrument einer einzigen Partei, eines einzigen Mannes wurde?

Trotz schüchternem parlamentarischer Ansätze war der BND bis zum Ausscheiden Adenauers und Globkes, also bis 1963, faktisch bis zur Pensionierung Gehlens 1968 eine unkontrollierte Behörde. Die einzigen tatsächlichen Kontrolleure sind Gehlen und sein Vorgesetzter Globke gewesen. Das eröffnete beiden, und damit dem Kanzler, ein weites Feld der Aktion und des Interesses.

„Gehlen hatte Hitler bis fünf nach zwölf gedient, jetzt war Adenauer sein Chef“

Bei allen Unterschieden in Mentalität und professioneller Qualität – Gehlen war im Vergleich zum Kanzleramtschef nur ein von einer bestimmten Presse in heldenartiger Zeit hochgeschriebener Nonvaleur (wie Schwarz sagen würde) – verband sie doch ihre autoritär-antipluralistische Grundhaltung und ihr unbedingter Drang zur Machterhaltung. Sie hatten vor wie nach 1945 versiert als Funktionseliten agiert, der eine im Reichsinnenministerium, der andere im Generalstab der Wehrmacht im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion.

Gehlen war als Generalstabler der klassischen „Führungsgehilfen“ preußischer Provenienz. Hitler hatte er bis fünf nach zwölf gedient, jetzt war Adenauer sein Chef, obendrein demokratisch gewählt. Nun waren eben Wort, Wunsch und Erwartungen des Kanzlers Befehl.

Aber wie kann ein Verfolger des Nazi-Regimes, also Adenauer, auf die Idee kommen, sich eines Hitler-Generals zu bedienen, bei dem so viele Nazis und



Konrad Adenauer auf einem Plakat zur Bundestagswahl 1957. Der Kanzler habe die SPD tatsächlich für eine Bedrohung gehalten, sagt Henke. Es sei nicht nur eine böse Stilblüte des Wahlkampfes gewesen, wenn er ausrief, die SPD an der Macht sei gleichbedeutend mit dem „Untergang Deutschlands“.

FOTO: KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

wirkliche NS-Verbrecher untergekommen sind?

Adenauer war so ziemlich der Einzige, der explizit vor dem NS-Personal im BND warnte. Er hat sich aber nolens volens überzeugen lassen, dass man erfahrene Gestapo-Leute jetzt eben auch brauche. Solche Dinge spielten in seinem innersten Machtkalkül allerdings keine prominente Rolle: Auszuschlagen war, dass die Union ihre Macht und er seine Kanzlerschaft behaupten konnte. Für diesen Zweck war jedes Mittel heilig.

Das mag ein jesuitischer Grundsatz sein, demokratisch ist das doch nicht.

Das Primat des Machtpolitischen, Machiavellistischen vor dem Rechtlichen oder Ethischen ist auch noch lange Jahre nach 1945 virulent; im Nationalsozialismus gehört er zum Kern seiner Handlungsbedingungen. In Adenauers berühmtem Wort, in diesen Dingen „nicht pingelig“ zu sein, klingt das an.

Und warum hat Adenauer an Globke, immerhin Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, so eisern festgehalten und ihn den BND managen lassen?

Die Frage stellt sich seit gut sieben Jahrzehnten, obwohl sie politisch leicht zu beantworten ist. Globke war ein überragender Verwaltungsjurist, die ideale graue Eminenz. Er war kein Nazi gewesen, aber schwer verstrickt in die Entrechtung und Verfolgung der europäischen Judenheit. Die höchsten Würdenträger stellten den gläubigen Katholiken nach 1945 mit einem eindrucksvollen Stapel von Persilscheinen aus. Als permanente politische Zielscheibe war er vollständig in der Hand des Kanzlers, er hätte ihn jederzeit fallenlassen können. Aber noch wichtiger: Ein solcher Kanzleramtschef war ein Integrationsignal an all die vielen NS-Funktionseliten und Mitläufer draußen im Lande: Wenn so jemand höchster deutscher Beamter ist, dann kann es mit mir auch nicht so schlimm sein, lautete für Tausende die Schlussfolgerung. In Fall der SPD-Ausspähung muss man sagen, dass das Tandem Globke-Gehlen dem Kanzler den Einblick in das gläserne Büro des SPD-Parteivorstands sicherte. Das erhöhte die ohnehin stupende politische Trittsicherheit Adenauers noch einmal erheblich.

Sie waren als Forschungsleiter in der damaligen Gauck-Behörde mit der Aufarbeitung der Stasi-Akten befasst. Heute sind Sie Sprecher der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes. BND und Stasi – gleiche Brüder, gleiche Kappen?

Keineswegs! Die DDR unterhielt eine Geheimpolizei mit exekutiver Befugnis und Zehntausenden Mitarbeitern, die Bundesrepublik mit einem Bruchteil des Personals einen Auslandsgeheimdienst ohne – im Unterschied etwa zur CIA – exekutive Befugnisse. Der Herr Dr. Kahl hat keine „Lizenz zum Töten“.

„Kein Nachrichtendienst kann bis auf die Operationsebene hinunter kontrolliert werden“

Bruno Kahl, der heutige Präsident des BND.

Das geheime Geheimdienstliche hat uns die Arbeit zunächst etwas erschwert. Mit der Zeit beginnt man durchzublicken, sammelt im Schneeballsystem eine Akte zur anderen, und über die Jahre formt sich dann schon ein einigermaßen klares Bild. Bei diesen Arbeiten waren die Damen und Herren auf der Arbeitsebene im Bundeskanzleramt und im BND großartig hilfsbereit und zuvorkommend: Zu jeder Zeit konnte man jede Akte anfordern und auch sehen. Sie haben einen großen Anteil an der historischen Aufklärung.

Der BND musste die Zitate, die Sie aus den Meldungen Siegfried Ortloffs bringen, genehmigen, die heutige Leitung des Hauses muss also seit Langem wissen, was da auf sie zukommt. Reinhard Gehlen muss doch eine einzige Peinlichkeit für den heutigen Nachrichtendienst sein. Oder wie denkt man heute über ihn?

Ja, alles musste überprüft und genehmigt werden, ob etwa gewisse Informationen in den Büchern die heutige Funktionsfähigkeit des Dienstes oder gar das Staatswohl auch nicht gefährden; auch noch lebende V-Leute dürfen grundsätzlich nicht genannt werden. Ich habe mich in diesem auf-

wendigen Verfahren durchweg mit den dafür Verantwortlichen verständigen können, ohne in einem einzigen Fall mein wissenschaftliches Erkenntnisinteresse hintanzusetzen zu müssen. Lediglich das Kapitel über die Ausforschung des Eichmann-Prozesses in Jerusalem ist von Schwärzungen ziemlich durchlöchert.

Im Unterschied zu seinem Vorgänger hat der derzeitige BND-Präsident, der uns als Amtschef ebenfalls jede Unterstützung gegeben hat, keine Gelegenheit gefunden, die Ergebnisse zur Geschichte seiner Behörde mit uns zu erörtern. Nach dem Abschluss unseres Projekts, das sich auf etwa 10 000 Druckseiten summieren wird, dürfte es dazu wohl auch nicht mehr kommen.

Wenn man Sie um ein Fazit Ihrer zehnjährigen Geheimdienstarbeit bitten würde, wie müsste das lauten?

Kein Nachrichtendienst kann bis auf die Operationsebene hinunter kontrolliert werden, auf der manches sehr schief laufen kann. Die Bundesrepublik hat inzwischen umfangreiche Kontrollmöglichkeiten geschaffen. Das war sehr wichtig. Noch wichtiger aber ist etwas anderes: die Haltung und die Einstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienste. Wenn sie über Rückgrat und Zivilcourage verfügen, wenn sie Rechtsstaatsbewusstsein und, ich möchte fast sagen: Demokratieliebe haben, dann ist das in einem zivilgesellschaftlichen Gemeinwesen die beste Geheimdienstkontrolle.

Ihr Forschungsauftrag endet 1968 mit dem Abgang Gehlens. Ist danach plötzlich die Demokratie in Pullach eingekehrt?

Demokratie gibt es nicht in einer hierarchisch aufgebauten Behörde, mit der Pensionierung Gehlens bricht jedoch auch sein System zusammen. Schon länger war die Kritik an Gebaren und Leistung des Gehlen-BND immer schärfer geworden: Potemkin'sche Dörfer und nepotistische Gebilde sind einsturzgefährdet, wenn sich jemand findet, der hineinleuchtet. Eines steht nach unseren Forschungen fest: Der Gründungspräsident des deutschen Auslandsnachrichtendienstes ist nach Abschluss der Bemühungen der UHK, die sich in 15 dicken Bänden niederschlagen, keinesfalls länger traditionsfähig.

Wut im Willy-Brandt-Haus

Die SPD fordert von der CDU eine Neubewertung Adenauers

Die SPD hat mit Entsetzen auf die Enthüllung reagiert, dass Konrad Adenauer die Parteispitze fast zehn Jahre lang mit Hilfe zweier Informanten ausspionieren ließ. Die Sozialdemokraten forderten die CDU auf, die Vorgänge aufzuarbeiten. „Es ist ein ungeheuerlicher und in der bundesrepublikanischen Geschichte wohl beispielloser Vorgang, dass der erste demokratische Bundeskanzler seine Macht systematisch unter Missachtung rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien ausbaute und festigte“, sagte SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert am Wochenende der Süddeutschen Zeitung. „Es wird Zeit, sich als deutsche Christdemokratie einer kritischen Aufarbeitung zu stellen.“ Die Aufdeckung dieses „skrupellosen Machtmissbrauchs“ lässt Teile unserer bundesrepublikanischen Geschichte in einem gänzlich anderen Licht erscheinen.

Die Forschungsergebnisse stünden für sich, erklärt der BND

Es sei heute zwar sinnlos, darüber zu spekulieren, inwiefern der Verlauf der Geschichte ohne diese massive politische Wettbewerbsverzerrung ein anderer gewesen wäre, sagte Kühnert. Das mindere jedoch nicht die Sprengkraft der Erkenntnisse. Vor diesem Hintergrund müssten Geschichtsbücher und Biografien neu geschrieben und insbesondere „das Werk Adenauers in Anbetracht seines Missbrauchs des Auslandsgeheimdienstes neu eingeordnet werden“.

Der erste Kanzler der Bundesrepublik hatte die SPD fast zehn Jahre lang mithilfe zweier Informanten ausspähen lassen, einer von ihnen arbeitete in der Parteispitze der Sozialdemokraten. Fast 500 vertrauliche Berichte aus dem SPD-Parteivorstand gelangten auf diesem Weg in das CDU-geführte Kanzleramt. Adenauer, der von 1949 bis 1963 regierte, wurde über den Spitzel des Bundesnachrichtendienstes (BND) oft noch am selben Tag darüber informiert, was die größte Oppositionspartei im Land diskutierte und plante. Dies geht aus Akten der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung hervor, die der Historiker Klaus-Dietmar Henke ausgewertet hat und die die Süddeutsche Zeitung einsehen konnte. Henke ist Sprecher der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND.

Kühnert sagte, der CDU komme nun „eine schmerzhaft aber zwingend notwendige Aufgabe“ zu. „Sie muss sich dazu verhalten, dass die Geschichte ihres prägenden Vorsitzenden und somit auch die eigene Parteigeschichte mehr als ein Jahrzehnt lang auf systematischer Bespitzelung des politischen Gegners, insbesondere der SPD, beruhte.“ Die Erzählung vom Instinktpolitiker Konrad Adenauer könne zumindest in ihrer Reinform als widerlegt betrachtet werden. Die CDU müsse die Vorgänge nun aufarbeiten und zwar nicht zum Wohle der Sozialdemokratie, sondern „zum Wohle der Wahrhaftigkeit, unserer Demokratie und ihres Ansehens“, sagte Kühnert. Es sei schwer erträglich, dass es mehr als 60 Jahre gebraucht habe, um diesen Skandal aufzuklären.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) schrieb auf Twitter: „Die deutsche Sozialdemokratie: Vom Kaiser verboten, den Nazis ermordet und verfolgt, der SED unterdrückt und – wie wir nun wissen – von Adenauer bespitzelt.“ Die Geschichte der Ära des ersten CDU-Kanzlers müsse neu bewertet werden, forderte Heil.



„Ein ungeheuerlicher Vorgang“: SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert F: SOMMER/DPA

Die CDU äußerte sich am Wochenende auf SZ-Anfrage nicht zu den Vorwürfen. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung teilte mit, über die Aktivitäten der Organisation Gehlen, Vorläufer des späteren BND, gegenüber der SPD sei in der Vergangenheit bereits mehrfach berichtet worden. „Das Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung steht – wie auch in diesem Fall geschehen – Forschern, Journalisten und Interessierten weltweit für ihre Recherchen offen.“ Befunde und Bewertungen von Wissenschaftlern oder Journalisten kommentiere die Stiftung „üblicherweise nicht“.

Der Bundesnachrichtendienst erklärte, im Jahr 2011 sei vom BND eine Unabhängige Historikerkommission (UHK) berufen worden, um die Geschichte des eigenen Hauses und seiner Vorläuferorganisationen für die Jahre 1945 bis 1968 und den Umgang mit dieser Vergangenheit aufzuarbeiten. „Die Arbeitsergebnisse der UHK stehen für sich.“ ROLAND PREUSS